

# LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion  
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16  
60329 Frankfurt am Main  
☎ +49 69 2577 1538  
✉ [europa@region-frankfurt.de](mailto:europa@region-frankfurt.de)  
[www.europabuero-frm.de](http://www.europabuero-frm.de)

13.10.2021

# INHALTSVERZEICHNIS



<b>Aktuelles aus der EU</b>	<b>2</b>
Kommission: Rede zur Lage der Union und Arbeitsprogramm 2022	2
<b>Kommunale Belange und regionale Entwicklung</b>	<b>3</b>
EFRE: Entwurf des Operationellen Programms Hessen veröffentlicht	3
Interreg Europe: Programm für europäischen Austausch veröffentlicht	3
Beihilferecht: Konsultation zur Änderung der AGVO	4
Neues Europäisches Bauhaus: Mitteilung zur Umsetzungsphase	5
<b>Energie, Klima und Umwelt</b>	<b>6</b>
Konsultation: Überarbeitung der Luftqualitätsrichtlinien	6
<b>Verkehr und Mobilität</b>	<b>6</b>
Verkehrsinfrastrukturen: CEF-Förderaufruf 2021	6
Veranstaltung: Connecting Europe Express in Frankfurt	7
<b>Wirtschaft, Forschung und Innovation</b>	<b>8</b>
Digitale Dekade: Vorschlag für Umsetzungsmechanismus	8
Horizont Europa: Implementierungspläne für Missionen vorgelegt	9
<b>Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Veranstaltungen</b>	<b>10</b>
Netzwerkarbeit: Regionalverband tritt POLIS bei	10
<b>Folgen Sie uns auf Twitter</b>	<b>11</b>

## Aktuelles aus der EU

---

### Kommission: Rede zur Lage der Union und Arbeitsprogramm 2022

Am 15. September 2021 hielt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor dem Europäischen Parlament die [Rede zur Lage der Union 2021](#).

In ihrer Rede ging von der Leyen zunächst auf die Covid-19-Krise ein. So liege die Impfquote bei den Erwachsenen EU-weit inzwischen bei 70 %. Es sei notwendig, die Impfkampagne in Europa fortzuführen und die Impfungen weltweit zu beschleunigen.

Weitere wichtige Themen waren ein Importstopp für Produkte aus Zwangsarbeit, die Schließung der Finanzierungslücke für den globalen Klimaschutz sowie die Beschleunigung des digitalen Wandels (vgl. S. 8). In diesem Zusammenhang solle ein europäisches Wirtschaftssystem für Mikrochips aufgebaut werden, um den Halbleitermangel zu beseitigen und die Unabhängigkeit Europas in diesem ökonomischen Schlüsselsektor zu stärken.

Ursula von der Leyen forderte zudem faire Arbeitsbedingungen und bessere Gesundheitsversorgung sowie mehr Chancen für Europas Jugend in der sozialen Marktwirtschaft der EU. Ferner unterstrich sie eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung und setzte sich für die Bewahrung der Werte und Freiheiten Europas sowie für den Schutz der Rechtsstaatlichkeit ein.

Darüber hinaus wurde eine [Absichtserklärung](#) der Europäischen Kommission in Form eines Briefes an David Sassoli, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, und den slowenischen Ministerpräsidenten Janez Janša, als zu diesem Zeitpunkt Vorsitzenden im Rat der Europäischen Union, übermittelt. Das Schreiben enthält eine Liste der Initiativen, die die Europäische Kommission im Laufe des kommenden Jahres vorlegen will, um die in der Rede genannten Ziele zu erreichen.

Dabei sind aus regionaler bzw. kommunaler Perspektive u. a. relevant:

- ★ Legislativvorschlag für einen EU-Rahmen für eine einheitliche Methodik zur Erfassung der Treibhausgasemissionen in den Bereichen Verkehr und Logistik;
- ★ Überprüfung der Wettbewerbspolitik im Hinblick auf neue europäische Herausforderungen;
- ★ Legislativvorschlag für multimodale digitale Mobilitätsdienste mit dem Ziel, bessere Vergleichsmöglichkeiten bei der Reiseplanung zu erreichen;
- ★ Legislativvorschlag zur integrierten Wasserbewirtschaftung zur Vermeidung von Schadstoffen in Oberflächengewässern und im Grundwasser.

Hintergrund:

In der jährlichen Rede zur Lage der Union stellt die Präsidentin der Europäischen Kommission Visionen und Schwerpunkte der kommenden Jahre aus Kommissionssicht vor und bettet diese in aktuelle Geschehnisse ein.



# Kommunale Belange und regionale Entwicklung

---

## EFRE: Entwurf des Operationellen Programms Hessen veröffentlicht

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen hat einen Entwurf des [Operationellen Programms für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung \(EFRE\)](#) in Hessen für die Förderperiode 2021 bis 2027 veröffentlicht.

Das Land konzentriert die EFRE-Mittel im Einklang mit den europäischen Strukturfondsverordnungen auf Fördermaßnahmen in drei Prioritäten:

1. „Ein wettbewerbsfähigeres und intelligenteres Europa“: Hierunter werden die Entwicklung und der Ausbau der Forschungs- und Innovationskapazitäten in hessischen Forschungseinrichtungen und die Einführung fortschrittlicher Technologien in Unternehmen sowie Handwerk und KMU gefördert.
2. „Ein grünerer, CO<sub>2</sub>-armer Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft und einem widerstandsfähigen Europa“: In dieser Priorität werden Pilot-, Demonstrations- und Entwicklungsvorhaben aus dem Bereich Energieeffizienz und innovativen Energietechnologien gefördert. Des Weiteren sind Investitionen in den produktionsintegrierten Umweltschutz und Maßnahmen für effiziente und CO<sub>2</sub>-arme Wärmenetze und Abwärmenutzung förderfähig. Darunter wird u. a. auch die Abwärmenutzung von Rechenzentren im Rhein-Main-Gebiet genannt.
3. „Eine nachhaltige, multimodale städtische Mobilität im Rahmen des Übergangs zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft“: Unter dieser Priorität sollen u. a. die Einrichtung von Mobilitätsstationen, Förderung von Wasserstoff- und Elektroladestellen sowie umwelt- und klimafreundliche Infrastrukturen des ÖPNV gefördert werden.

Für die siebenjährige Förderperiode stehen voraussichtlich 240,3 Mio. Euro zur Verfügung. Die Maßnahmen werden mit maximal 40 % aus dem EFRE gefördert.

Bevor jedoch Förderanträge gestellt werden können, muss die Europäische Kommission das Programm genehmigen und das Land Hessen Förderleitlinien für die einzelnen Maßnahmen erstellen. Damit wird voraussichtlich im Jahr 2022 gerechnet.

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain hat im Vorfeld [Anregungen und für die Metropolregion wichtige Themen](#) eingebracht.

## Interreg Europe: Programm für europäischen Austausch veröffentlicht

Das Programmsekretariat des Austauschprogramms Interreg Europe hat die [endgültigen Programmdokumente](#) veröffentlicht.



Das Programm Interreg Europe fördert den europaweiten Erfahrungsaustausch und das gegenseitige Lernen zwischen Behörden. Dadurch sollen die politischen Maßnahmen und Programme für die regionale Entwicklung verbessert werden.

Behörden in ganz Europa können sich im Rahmen von Interreg Europe über gute Praktiken und Ideen zur Funktionsweise der öffentlichen Politikarbeit und der dazugehörigen Lösungen austauschen. Diese Erkenntnisse sollen die lokalen und regionalen Strategien der Behörden verbessern.

Antragsberechtigt sind verschiedene, für Regionalentwicklung zuständige Organisationen, die ihren Sitz in einem der 27 EU-Mitgliedstaaten, Norwegen oder der Schweiz haben. Dazu gehören

- ★ nationale, regionale oder lokale Behörden,
- ★ andere Institution des öffentlichen Rechts (z. B. Universitäten)
- ★ oder private, gemeinnützige Einrichtungen (wobei diese nicht als Leadpartner fungieren können).

Interreg Europe verfügt für den Zeitraum 2021 bis 2027 über ein Budget in Höhe von 379 Mio. Euro. Projekte können mit bis zu 80 % der förderfähigen Kosten bezuschusst werden.

Thematisch ist das Interreg Europe Programm offen für alle fünf politischen Ziele der Kohäsionspolitik der EU. Besonders gefördert werden jedoch die Bereiche „intelligenteres“ und „grünes“ sowie „sozialeres“ Europa (hier insbesondere Arbeitsmarkt, Gesundheit, Kultur und nachhaltiger Tourismus). Darüber hinaus werden Projekte gefördert, die explizit eine bessere Governance bei der regionalen Entwicklung als Zielsetzung haben.

Es gibt zwei verschiedene Projektarten, die gefördert werden können: Kooperationsprojekte und Politik-Lernplattformen.

1. Kooperationsprojekte: Partnerschaften, die aus öffentlichen Organisationen der unterschiedlichen europäischen Länder bestehen, arbeiten drei bis fünf Jahre zusammen, um ihre Erfahrungen zu einem bestimmten Politikfeld auszutauschen.
2. Politik-Lernplattformen: ein Raum für kontinuierliches Lernen, der es Akteuren auf regionaler Ebene ermöglicht, auf relevante Erfahrungen und Praktiken zurückzugreifen, wann immer sie diese zur Verbesserung eigener politischer Maßnahmen benötigen.

In der Regel werden mehrmals im Jahr Projektaufrufe auf der Webseite [Interreg Europe](#) veröffentlicht. Die ersten Aufrufe werden für Frühjahr 2022 erwartet.

## Beihilferecht: Konsultation zur Änderung der AGVO

Die Europäische Kommission beabsichtigt, die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung ([AGVO](#)) zu ändern. So sollen öffentliche Mittel für die grüne und digitale Transformation der Wirtschaft künftig leichter und schneller bereitgestellt werden können. Bis zum 8. Dezember 2021 ist hierzu eine [Konsultation](#) geöffnet. Die Änderungen betreffen folgende Beihilfengruppen:

- ★ Umweltschutz- und Energiebeihilfen: Dazu gehören die Unterstützung von „grünen Projekten“, bspw. saubere und emissionsfreie Fahrzeuge sowie Lade- und Betankungsinfrastruktur,

Investitionsbeihilfen in Wasserstoffprojekte und -infrastruktur, ehrgeizige Gebäuderenovierungsprojekte und die Ausweitung bestehender Freistellungen von Investitions- und Betriebshilfen für erneuerbare Energien auf Energiespeicherprojekte;

- ★ Beihilfen für Risikofinanzierungen;
- ★ Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation;
- ★ Regionalbeihilfen.

Die Annahme der überarbeiteten AGVO ist für das erste Halbjahr 2022 geplant.

Hintergrund:

Grundsätzlich muss die öffentliche Hand in den EU-Mitgliedstaaten geplante beihilferelevante Maßnahmen vorab bei der Kommission anmelden und darf sie erst nach entsprechender Genehmigung durchführen. Dadurch sollen potenzielle Verfälschungen des Wettbewerbs vermieden werden. Abweichend von diesem Grundsatz stellt die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) bestimmte Gruppen staatlicher Beihilfen von der Pflicht zur vorherigen Anmeldung frei.

## Neues Europäisches Bauhaus: Mitteilung zur Umsetzungsphase

Nach der im Januar 2021 gestarteten Designphase (vgl. [Europa Info 01/2021](#), S. 5) und der Auslobung eines Bauhaus-Preises (vgl. [Europa Info 04/2021](#), S. 5) hat die Europäische Kommission nun eine [Mitteilung](#) veröffentlicht, um Aspekte einer Umsetzungsphase zusammenzufassen.

In der Mitteilung werden vier thematische Schwerpunkte für die Realisierung des Bauhauses vorgestellt:

1. Rückbesinnen auf die Natur;
2. Wiedererlangen des Zugehörigkeitsgefühls;
3. Vorrang für Orte und Menschen, die Unterstützung am stärksten benötigen;
4. Langfristiges Lebenszyklusdenken in den industriellen Ökosystemen.

Im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses sollen Synergien zwischen bestehenden und geplanten Maßnahmen oder Programmen der EU entstehen. Dabei hat das Neue Europäische Bauhaus kein eigenes Budget. Vielmehr werden die thematischen Anliegen und Prinzipien des Europäischen Bauhauses in den EU-Programmen Horizont Europa (insbesondere in den Horizont-Europa-Missionen), Creative Europe, Erasmus+, dem LIFE-Programm für Umwelt und Klimaschutz und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung aufgegriffen.

Außerdem kündigte die Kommission an, für die Umsetzungsphase eine digitale Plattform einzurichten, um Instrumente, Lösungen und politische Maßnahmen zu konzipieren, Prototypen zu entwickeln und diese zu testen. Ferner soll ein jährlich stattfindendes Festival des Neuen Europäischen Bauhauses ins Leben gerufen werden.

Hintergrund:

Im Rahmen des Green Deals soll das „Neue Europäische Bauhaus“ Anliegen wie Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit in und durch Stadtentwicklung, Architektur, Design und Kultur fördern.



Ziel ist es, im kreativen und interdisziplinären Austausch hierzu neue und innovative Ansätze zu entwickeln bzw. zu verbreiten.

Die EU-Kommission hat zur Bauhausinitiative eine [Informationsseite](#) freigeschaltet. Auf der Homepage können Interessierte einen [Newsletter](#) abonnieren.

## Energie, Klima und Umwelt

---

### Konsultation: Überarbeitung der Luftqualitätsrichtlinien

Die Europäische Kommission möchte 2022 einen Vorschlag für die Überarbeitung des europäischen [Rechtsrahmens zur Luftqualität in der EU](#) vorlegen. In Vorbereitung dieser Neufassung findet bis zum **16. Dezember 2021** eine online-[Konsultation](#) statt. Diese richtet sich unter anderem an regionale und kommunale Behörden. Eine Beantwortung auf Deutsch ist möglich. Im Fokus stehen die beiden Richtlinien über die Qualität der Umgebungsluft ([2004/107/EG](#) und [2008/50/EG](#)).

Der Fragebogen geht dabei insbesondere auf eine mögliche Überarbeitung bzw. Ausweitung der Schadstoffgrenzwerte ein. Außerdem werden Einschätzungen zu Informationspflichten über die Luftqualität, die Aspekte Monitoring und Messung sowie die Wirksamkeit von Luftreinhalteplänen eingeholt. Die Befragung gliedert sich in einen ersten Teil für die interessierte Öffentlichkeit und einen zweiten Teil für das Feedback von Experten, Praktikern und Interessensträgern.

Hintergrund:

Der aktuelle Überarbeitungsvorgang fußt auf dem Nullschadstoffaktionsplan der EU-Kommission, der als Teil des Europäischen Grünen Deals im Mai dieses Jahres vorgestellt wurde (vgl. [Europa Info 05/2021](#), S. 5).

Erst vor wenigen Wochen hatte die Weltgesundheitsorganisation ihre [Empfehlungen](#) zu den Schadstoffgrenzwerten, die als wissenschaftliche Grundlage für die EU-Luftqualitätsgesetzgebung gelten, verschärft. Auch das Europäische Parlament hat sich in einer Resolution bereits wohlwollend zur Straffung der Vorgaben geäußert (vgl. [Europa Info 03/2021](#), S. 6), während der Europäische Gerichtshof die Bundesrepublik im Juni 2021 für Verstöße gegen Teile dieser Rechtsetzung in den Jahren 2010 bis 2016 im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens verurteilt hatte (vgl. [Europa Info 06/2021](#), S. 6).

## Verkehr und Mobilität

---

### Verkehrsinfrastrukturen: CEF-Förderaufruf 2021

Im Teilbereich Verkehr der neuen „Connecting Europe“-Fazilität (CEF) ist bis zum **19. Januar 2022** der [Förderaufruf](#) 2021 geöffnet. Insgesamt stehen etwa 7 Mrd. Euro für Planungsleistungen oder Umsetzungsmaßnahmen in verschiedenen Schwerpunktbereichen zur Verfügung. Hierzu gehören bspw.:

- ★ Planungsleistungen für Infrastrukturvorhaben im Schienenverkehr in den städtischen Knoten des TEN-V Kernnetzes (bspw. Frankfurt) – u. a. zur Kapazitätssteigerung und besseren Verzahnung von Fern- und Regionalverkehr ([CEF-T-2021-COREGEN](#));
- ★ Studien für die Schaffung multimodaler Mobilitätshubs in den städtischen Knoten des TEN-V Kernnetzes (bspw. Frankfurt) ([CEF-T-2021-SUSTMOBGEN-MULTHUB](#));
- ★ Studien für die Einführung intelligenter Verkehrssteuersysteme im Straßenverkehr sowie deren Verknüpfung mit anderen Verkehrsmodi ([CEF-T-2021-SIMOBGEN-ITS](#));
- ★ Implementierungsmaßnahmen für Tank- und Ladeinfrastrukturen für emissionsfreie Mobilität u. a. für den ÖPNV in städtischen Knoten ([CEF-T-2021-AFIFGEN-ZE](#));
- ★ Studien zur Einführung intelligenter datenbasierter Mobilitätsanwendungen ([CEF-T-2021-SIMOBGEN-DATA](#));
- ★ Implementierungsmaßnahmen für „neue Technologien und Innovationen“ ([CEF-T-2021-SIMOBGEN-NEWTECH](#)).

Die Förderquote kann für Studien bis zu 50 % betragen. Bei Ausführungsleistungen sind es 10 bis maximal 40 %.

Da die CEF ein von der Kommission direkt verwaltetes Programm ist, erfolgt die Antragstellung bei der zuständigen EU-Agentur CINEA über das [EU Funding and Tenders-Portal](#). Alle juristischen Personen aus den Mitgliedstaaten sind antragsberechtigt, wobei unbedingt zu beachten ist, dass für eine Bewerbung die Zustimmung der nationalen Ebene – in Deutschland des BMVI – erforderlich ist.

Alle relevanten Informationen, Hintergrunddokumente und Bewerbungsunterlagen finden sich auf der [Infoseite der CINEA](#).

## Veranstaltung: Connecting Europe Express in Frankfurt

Am 28. September 2021 konnten Vertreter des Europabüros den „Connecting Europe Express“ (CEE) mit einer Delegation der Europäischen Kommission in Frankfurt begrüßen. Das Europabüro nutzte den Halt des Sonderzuges in der Mainmetropole, um gemeinsam mit der Deutschen Bahn für den dringend notwendigen Ausbau des Frankfurter Schienenknotens zu werben. Bereits den gesamten September tourte der CEE-Sonderzug als zentrale Aktion des Europäischen Jahrs der Schiene 2021 durch Europas Hauptstädte und Verkehrsknoten (vgl. [Europa Info 10/2020](#), S. 9).

Nach einer symbolischen Flaggenübergabe an Gleis 1 fand ein Rundgang durch den Frankfurter Hauptbahnhof sowie anschließend ein Empfang im Haus der Region statt. Dort präsentierten Vertreter der Deutsche Bahn AG den europäischen Gästen in Impulsvorträgen die Pläne zum Ausbau des Frankfurter Schienenknotens. Die klare Botschaft lautete: für die Mobilitätswende sowohl in der Region als auch im überregionalen europäischen Verkehr und die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene sind ambitionierte infrastrukturelle Zukunftsvisionen für den Ausbau des Schienenknotens Frankfurt notwendig. Mit dem neuen Frankfurter Fernbahntunnel als zentralem Herzstück des Deutschlandtakts könnten die nötigen zusätzlichen Kapazitäten geschaffen werden. Die Maßnahmen in der Region FrankfurtRheinMain würden so direkt zu den Zielen der neuen EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität beitragen (vgl. [Europa Info 10/2020](#), S. 8).



Auf dem Bild sind von links nach rechts zu sehen: Pawel Wojciechowski, Koordinator TEN-T Rhine-Alpine Corridor, Dr. Jörg Wojahn, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, Rouven Kötter, Erster Beigeordneter Regionalverband FrankfurtRheinMain, Eileen O'Sullivan, Frankfurter Dezernentin für Digitalisierung und Europa, Harald Ruijters, Direktor für Infrastruktur sowie innovative und nachhaltige Mobilität der Generaldirektion Mobilität der EU-Kommission und Dr. Klaus Vornhusen, Konzernbevollmächtigter Hessen der Deutsche Bahn AG.

## Wirtschaft, Forschung und Innovation

### Digitale Dekade: Vorschlag für Umsetzungsmechanismus

Anlässlich der Rede zur Lage der Union (vgl. S. 2) veröffentlichte die Europäische Kommission am 15. September 2021 einen [Vorschlag](#) für eine Vereinbarung zwischen Europäischem Parlament und dem Rat der Europäischen Union zur Einführung des Politikprogramms „Der Weg in die Digitale Dekade“. Dieser soll die entsprechenden bereits in der Mitteilung zu einem „digitalem Kompass“ vom 9. März 2021 angekündigten Maßnahmen umsetzen (vgl. [Europa Info 03/2021](#), S. 7).

Der Vorschlag legt zunächst verschiedene Digitalisierungsziele bis zum Jahr 2030 fest, u. a. ein flächendeckendes Glasfasernetz in Europa, die 5G-Verfügbarkeit in dichtbesiedelten Gebieten und die Möglichkeit, in allen Verwaltungen zentrale Dienste digital erledigen zu können. Hierzu müssten die Mitgliedstaaten, ausgehend von ihren Entwicklungsstadien und Bedürfnissen, Umsetzungspläne erstellen. Zudem soll ein europäischer Kooperations- und Monitoringmechanismus geschaffen werden, der basierend auf dem Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) entsprechende Fortschritte misst und in einem jährlichen Umsetzungsbericht der Kommission in entsprechenden Empfehlungen an die jeweiligen Mitgliedstaaten mündet.

Außerdem legt das Dokument einen gemeinsamen Rahmen für die Umsetzung zentraler, grenzüberschreitender „Mehrländervorhaben“ fest. [Fokus](#) dieser Kooperationen sollen u. a. der Aufbau





gemeinsamer Dateninfrastrukturen, vernetzte öffentliche Verwaltungen, zentrale 5G-Korridore oder das europäische Netzwerk Digitaler Innovationshubs sein.

Parlament und Rat müssen diesen Vorschlag nun annehmen.

## Horizont Europa: Implementierungspläne für Missionen vorgelegt

Nach einjähriger Ausarbeitungszeit veröffentlichte die Europäische Kommission am 29. September 2021 die angekündigte [Mitteilung](#) zu den [Forschungs- und Innovationsmissionen](#) unter Horizont Europa (vgl. [Europa Info 08/2020](#), S. 9) sowie die konkreten englischsprachigen [Implementierungspläne](#) für die folgenden fünf Missionen:

- ★ Anpassung an den Klimawandel,
- ★ 100 klimaneutrale Städte,
- ★ Krebsbekämpfung,
- ★ Wiederherstellung der Ozeane und Gewässer,
- ★ Gesunde Böden.

Die [Mission 100 klimaneutrale Städte bis 2030](#) richtet sich vornehmlich an Städte über 100.000 Einwohner. Teilnehmende Kommunen sollen durch wechselseitiges Lernen, innovative Maßnahmen und entsprechende Unterstützungsleistungen bereits bis 2030 vollständig klimaneutral sein. Dies umfasst die gesamte Stadt und betrifft alle Bereiche und Sektoren des städtischen Lebens. Nur unter bestimmten Ausnahmenbedingungen können spezifische Stadtteile ausgeklammert werden, z. B. wenn in diesen Häfen oder Flughäfen liegen. Die Transformation muss entsprechend berechnet und überprüft werden und sollte mit einem langfristigen politischen Bekenntnis und der aktiven Einbindung der Bürgerschaft, privater Akteure, Organisationen der Zivilgesellschaft und übergeordneter politischer Ebenen unterlegt sein.

Zum Jahresende 2021 wird die Europäische Kommission einen Aufruf zur Interessensbekundung veröffentlichen, auf diesen hin sich interessierte Städte bewerben können. Anfang 2022 sollen die vielversprechendsten 100 Teilnehmerstädte ausgewählt werden. Es folgt die Ausarbeitung eines „Climate City Contracts“ als umfassendem Maßnahmen- und Finanzierungsplan, was über eine „Missions-Plattform“ unterstützt werden soll. Hierfür stehen aus dem Horizont Europa-Budget zunächst insgesamt 53 Mio. Euro zur Verfügung. Außerdem sind nationale Kontaktstellen zur Unterstützung geplant. In einem dritten Schritt der Umsetzungsphase werden spezifischere Förderaufrufe u. a. zu „großdimensionierten Demonstrationsvorhaben“ geöffnet, die sich insgesamt auf über 300 Mio. Euro belaufen. Ein entsprechendes Missionslabel könnte außerdem einen einfacheren Zugang zu sonstigen EU-Fördertöpfen bzw. Finanzierungsinstrumenten ermöglichen. Eine „Grundfinanzierung“ für die Missionsstädte ist allerdings nicht vorgesehen.

Alles Wichtige zu dieser Mission haben wir auch in einem vertiefenden aktuellen [Faktenblatt](#) auf unserer Homepage zusammengefasst.

Die [Mission zur Klimaanpassung](#) soll 150 Regionen und Gemeinschaften bis 2030 klimaresilient machen. Um die extremen Folgen des Klimawandels wie Überflutungen, Stürme, Dürren und Brände zu bewältigen und mit ihnen umgehen zu können, sind ein grundlegendes Verständnis der systemischen Zusammenhänge, neue



Formen der Zusammenarbeit in der Verwaltung und das Einbeziehen der Bürgerinnen und Bürger notwendig. Hierfür sind 2021 bis 2023 insgesamt etwa 360 Mio. Euro budgetiert.

## Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Veranstaltungen

---

### Netzwerkarbeit: Regionalverband tritt POLIS bei

Die europäische Netzwerkarbeit des Europabüros ist um einen weiteren Anknüpfungspunkt reicher: Im August trat der Regionalverband FrankfurtRheinMain dem Europa-Netzwerk [POLIS](#) bei, das sich insbesondere mit nachhaltiger, effizienter und intelligenter Mobilität beschäftigt. Als Plattform von Städten und Regionen ergänzt POLIS die Arbeit des Regionalverbandes in Sachen [regionale Mobilitätsstrategie](#) passgenau und bietet dem Europabüro weitere Anknüpfungspunkte für die wirkungsvolle Interessenvertretung und Projektzusammenarbeit im Bereich Verkehr und Mobilität.

Der Beitritt erfolgte in Kooperation mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen im Rahmen einer gemeinsamen Mitgliedschaft. Das Europabüro bedankt sich herzlich für diese wertvolle Zusammenarbeit im besten Sinne der Europaarbeit und Verkehrswende in FrankfurtRheinMain.

Weitere Informationen zu POLIS sind auf unserer [Internetseite](#) zu finden.

---



# Folgen Sie uns auf Twitter

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



Profil bearbeiten

**FrankfurtRheinMain**

@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

Brüssel, Belgien [europabuero-frm.de](#) Seit Oktober 2011 bei Twitter

400 Folge ich 674 Follower



[@RegionFrankfurt](#)



**FrankfurtRheinMain** @RegionFrankfurt · 1 Std.

The shift to rail needs planning and action on the level of the functional area! Our message at the #EURegionsWeek, while showcasing the renaissance of rail in the #FrankfurtRheinMain regional SUMP.



ERRIN Network und 7 weitere Personen



**FrankfurtRheinMain** @RegionFrankfurt · 8. Okt.

Was braucht es für eine Renaissance der #Schiene? Wie lässt sich die #Verkehrsverlagerung wirksam unterstützen? Das diskutieren wir mit unseren Partnerregionen aus @ERRINNetwork und @POLISnetwork sowie @Vera\_Tax und @Transport\_EU bei der #EURegionsWeek: [eu.app.swapcard.com/event/eu-regio...](#)



Turku EU Office und 4 weitere Personen

